



Presseschau vom 26.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.11.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **18 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von 13 Ortschaften der Republik beschoss. **In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Gebiete von **Golmowskij, Sajzewo, Dolomitnoje und der Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28. und der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Martschenko und Kokorjew sowie der 56.

Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Iwanow aus die Gebiete der Ortschaften **Alexandrowka, Staromichajlowka, Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak und der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbriade auf Befehl von Kuratsch **Sachanka, Leninskoje und Oktjabrj** mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, beschossen.

In der Folge eines nächtlichen Beschusses von Gomowskij wurden Stromleitungen beschädigt, die die Siedlungen Nikitowka, Rtutnyj, Soletschnyj und Kalinowka mit Strom versorgen. Das Feuer der Strafruppen erfolgte zielgerichtet auf Lebenserhaltungsobjekte. Damit haben die ukrainischen Terroristen nicht Halt gemacht und haben heute morgen wieder das Feuer auf Golmowskij eröffnet und Wohnhäuser in der Sagorodnaja- und der Bolnitschnaja-Straße sowie eine Gasleitung beschädigt.

Diese Handlungen demonstrieren das wahre Verhältnis Najews und seiner Kämpfer zu den friedlichen Einwohnern des Donbass.

Heute Nacht haben unsere Luftabwehreinheiten eine weitere **Drohne des Gegners vernichtet**, nachdem diese die Kontaktlinie überquert hatte.

Es war eine Kampfdrohne und sie trug ein Geschoss mit einem Brandgemisch, davon zeugt die große Explosion im Augenblick ihrer Vernichtung.

Es ist wichtig zu unterstreichen, dass die Drohne im Gebiet von Pantelejmonowka vernichtet wurde, praktisch über Häusern friedlicher Bürger, wo es keine Positionen unserer Verteidiger gibt.

Dieser Fall ist nicht nur eine grobe Verletzung der Minsker Vereinbarungen, sondern auch ein Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit unter Verwendung verbotener Kampfmittel. Ich rufe ein weiteres Mal die Weltgemeinschaft auf, die Handlungen der ukrainischen Terroristen zu verurteilen und sie zu zwingen, von hinterhältigen Beschüssen friedlicher Häuser von Einwohnern des Donbass Abstand zu nehmen.

Unsere Aufklärung hat Informationen aus dem Stab der Besatzungskräfte über die zeitweilige Einstellung der Rotationsmaßnahmen zwischen der 92. Brigade, die Positionen im Gebiet von Jasinowataja einnimmt, und der 54. Brigade erhalten.

Ursache ist eine **Hepatitis-Epidemie** unter den Kämpfern der 54. mechanisierten Brigade, die in die Besatzungszone aufbrechen sollen. Außerdem wurde ein Ausbruch dieser Krankheit auch schon unter den Kämpfern der 92. Brigade bemerkt, die bei der Rekognisierung Kontakt mit ihren Kollegen hatten.

Derzeit wurden Erkrankungen mit Hepatitis A bei mehr als 20% des Personals der 54. Brigade entdeckt. Die schwierigste Situation besteht im 46. Bataillon „Donbass“, in dem von 600 Kämpfern mehr als 384 erkrankt sind.

In der abzulösenden 92. Brigade wurden bisher 153 Fälle von Hepatitis registriert und die Berichte des Leiters der medizinischen Abteilung des Verbandes zeugen davon, dass die Zahl der Erkrankten mit jedem Tag ansteigt.

Ich erinnere daran, dass der Hepatitis-A-Virus durch Ausscheidungen auf oralem Weg übertragen wird, normalerweise bei unzureichenden sanitären Bedingungen. Und die 54. Brigade befindet sich jetzt auf demselben Tschugujewskij-Truppenübungsplatz im Oblast Charkow, wohin Poltorak im April 2017 eine Kommission geschickt hat, um Ordnung zu schaffen und die sanitären und Lebensbedingungen der Brigade nach zahlreichen Beschwerden der Kämpfer zu organisieren.

Wie wir sehen, ist die Kommission abgefahren, aber die Bedingungen haben sich nicht verbessert. Übrigens alles wie immer in den bewaffneten Formationen der Ukraine.

Zum Abschluss, wir müssen die Aufmerksamkeit auf ein Fake der spaßigen Spezialoperationskräfte aus dem Filmstudio des Fantasten Najew „Er hat sich selbst blamiert“ lenken, wo es um eine angebliche Einnahme der Siedlung Rassadki am Swetlodarsker Bogen geht. Es muss angemerkt werden, dass das Material nicht den Zweck hat, die fehlende Macht der nicht vorhandenen bewaffneten Formationen der Ukraine zu bezeugen, sondern die Aufmerksamkeit auf die führende Rolle Najews bei der Erstellung primitiver Fakes zu lenken. Wir wissen bisher nicht, wer die Schuld trägt, ob Najew bei einem dummen Unterfangen oder seine Zöglinge bei der inkompetenten Realisierung. Aber es liegen eine Reihe zum Scheitern verurteilter und die ukrainischen Besatzer diskreditierenden Fakten offen zu Tage.

Erstens. Richten Sie die Aufmerksamkeit darauf, wie die Terroristen in die Siedlung eindringen und auf ihrem Weg auf keinerlei Positionen der Volksmiliz treffen, diese Tatsache widerspricht dem Gedanken, dass sie sich zuvor unter unserer Kontrolle befand. Dabei sollte Najew seine Aufmerksamkeit auf die nicht ausgerüsteten Positionen der ukrainischen Besatzer richten, die es in der Nähe der Siedlung nicht einmal geschafft haben, die Schützengräben vollständig auszuheben. Offensichtlich war diese Siedlung für die ukrainischen Kämpfer so wichtig, dass sie sich dort nicht verschanzt haben.

Das zweite Versagen ist das ernsthafteste. In dem Video wird die Vorderseite eines Flugblatts gezeigt, das in der letzten Woche von der Volksmiliz auf den Positionen der ukrainischen Besatzer verbreitet wurde. Auf der Rückseite des Flugblatts befindet sich ein Aufruf an die ukrainischen Kämpfer, von der Ausführung verbrecherischer Befehle ihrer Anführer Abstand zu nehmen und auf die Seite der Volksmiliz überzugehen, um gemeinsam die Ukraine von der oligarchischen Sklaverei zu befreien.

Und wenden Sie auch die Aufmerksamkeit auf die Kommentare der ukrainischen Öffentlichkeit, wie sie sich über die dummen Handlungen der ukrainischen Besatzer lustig machen. Eine solche minderwertige Inszenierung hält einer elementaren Kritik nicht stand. Wir schließen nicht aus, dass diese weitere Blamage der ukrainischen Freiwillige Mysjagin veranlasst hat, der derzeit mehr im Interesse der Republiken als gegen sie arbeitet.

Mil-Inr.info: **Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR M. Ju. Filiponenko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Auf Befehl der Kriegsverbrecher und Kommandeurs der 14. Brigade Wojtschenko, des Kommandeurs der 72. Brigade Tatus, des Kommandeurs der 10. Brigade Subanitsch wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten der Ortschaften **Shelobok, Kalinowka und Solotoje-5** beschossen.

Während der Beschüsse wurden 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 30 Geschosse abgeschossen. Gestern haben ukrainischen Massenmedien eine Information verbreitet und diese mit einem inszenierten Video untermauert, dass Rassadki im Gebiet des Swetlodarsker Bogens eingenommen wurde. Diese Information wurde später offiziell im Stab der OOS bestätigt. Ich erkläre mit Überzeugung, dass Rassadki sich seit 2015 gemäß den Minsker Vereinbarungen auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium befindet und die Erklärung des Stabs der OOS nicht der Wirklichkeit entspricht, nichts mit der realen Lage gemein hat. Diese Information demonstriert das Wesen des ukrainischen Kommandos, das bereit ist, im Vorfeld des Besuchs der Präsidenten der Ukraine und Lettlands seine Erfolge auszumalen.

Die ukrainischen Kommandeure tun nichts für die Stabilisierung der Lage, im Gegenteil, sie legen alle Anstrengungen in ihre Eskalation. Soll es den Vertretern des verbrecherischen Kiewer Regimes peinlich und schmachvoll sein, wenn sie ein weiteres Mal ausländische Gäste in von ihrer „Befreiungs“armee vernichteten Städte und Dörfer des Donbass einladen. Im Zusammenhang mit den sich häufenden Fällen, dass ukrainische Soldaten im Gebiet von Solotoje-4 auf eigene Minen geraten, hat eine technische Einheit der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Aufgabe erhalten, die alten Minensperren zu erneuern und eine genaue Karte der Minenfelder zu erstellen. Ich will anmerken, dass die Verminumg selbst in den Höfen der Häuser des Gehöfts Wolnyj erfolgt ist, damit wurden die verminten Abschnitt in keiner Weise markiert. Wir rufen die OSZE-Mission auf, darauf ihre Aufmerksamkeit zu richten, weil solche zu Aktivitäten zu neuen Opfern sowohl unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte als auch unter den friedlichen Einwohnern führen.

de.sputniknews.com: **Massiver Artillerie-Beschuss von Donbass? Donezk dementiert**

Nach der Eskalation der Lage in der Straße von Kertsch ist auch eine Verschärfung der Situation im Donbass befürchtet worden. Meldungen über den Anfang eines massiven Artillerie-Beschusses auf die selbsterklärte Volksrepublik Donezk sind allerdings mittlerweile dementiert worden.

Wie ein Vertreter der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk gegenüber der Nachrichtenagentur DAN erklärte, sei die Lage auf der Trennungslinie zu den ukrainischen Truppen vollkommen unter Kontrolle.

„Die Situation ist (...) unter vollständiger Kontrolle unserer Streitkräfte, die Bürger können ruhig schlafen“, erklärte der Vertreter gegenüber der Agentur.

Auch ein anderer Vertreter erklärte, dass die Situation an der Frontlinie unter Kontrolle und stabil sei.

„Es ist kein Beschuss aus verbotenen Waffen festgestellt worden. Die Situation bleibt insgesamt ruhig“, so der Vertreter.

Zuvor hatte ein Korrespondent der Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass die ukrainischen Truppen massiven Artillerie-Beschuss von Wohnvierteln im Donbass gestartet hätten.

Die Meldung kam nur Stunden, nachdem in der Straße von Kertsch eine erhebliche Eskalation der Lage stattgefunden hatte...

vormittags:

de.sputniknews.com: **Kiew: Auto mit russischem Diplomaten-Kennzeichen ausgebrannt**

Unweit der russischen Botschaft in Kiew ist laut ukrainischen Medienberichten ein Pkw mit russischem Diplomaten-Kennzeichen in Brand gesetzt worden.

„In der Jaroslaw-Chomow-Straße 14-a ist circa einen Kilometer von der russischen Botschaft entfernt ein Auto ausgebrannt. Die Feuerkräfte, die zum Ort kamen, löschten den Brand...“, so das Portal „Ukrainskaja Prawda“.

Darüber hinaus wurde das Autokennzeichen veröffentlicht – DP 001 019. Mit dieser Nummerntafel sollen Fahrzeuge der russischen diplomatischen Vertretung,

Konsulatsbehörden und Mitglieder des diplomatischen Personals versehen sein.

Zuvor war berichtet worden, dass die russische Botschaft in Kiew mit Rauchgranaten und bengalischem Feuer beworfen worden sei.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32308/76/323087632.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Solotoje-5, Kalinowo, Sokolniki und Krasnyj Jar. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Vorfall bei Kertsch ist durchdachte Provokation Kiews – Moskau**
Der Vorfall in der Region der Straße von Kertsch mit dem Versuch der ukrainischen Schiffe, illegal das Asowsche Meer zu passieren, ist eine durchdachte Provokation der Kiewer Behörden. Dies erklärte Russlands Vizeaußenminister Grigori Karassin gegenüber Sputnik. „Es liegt nahe, dass diese Provokation nach Zeit, Ort und Form durchdacht ist“, so Karassin. Ferner fügte er hinzu: „Leider haben sich unsere schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet, dass das Asowsche Meer von Kiew und dem Westen als Region ausgewählt wurde, wo die provokative Aktivität der Ukraine zu schnellen und für einen internationalen Skandal notwendigen Ergebnissen führen kann.“

Karassin verwies unter anderem darauf, dass Russland eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates einberufen habe, wo das provokative Vorgehen Kiews behandelt werden soll.

Drei ukrainische Schiffe, darunter zwei Patrouillenboote und ein Schlepper, verletzten am 25.11.2018 die Grenze zu Russland

Die Lage rund um die Halbinsel Krim und die Straße von Kertsch ist am Sonntag eskaliert. Das Grenzschutzamt des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB hatte mitgeteilt, dass drei Schiffe der ukrainischen Marine die Staatsgrenze Russlands überquert hätten. Die ukrainischen Schiffe hätten sich in Richtung der Straße von Kertsch bewegt, und seien den legitimen Forderungen der russischen Behörden nicht nachgekommen. Später erklärte der russische Geheimdienst FSB, dass drei Schiffe der ukrainischen Marine, die die Seegrenze der Russischen Föderation verletzt haben, festgesetzt worden seien.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 25. November 3:00 Uhr bis 26. November 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 20.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Krasnyj Partisan), Jasinowataja, Krutaja Balka, Jakowlewka, Wasiljewka, Donezk (Terminal, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje, Sachanka.**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, fiel die Wassiljewker Pumpstation unter Beschuss der ukrainischen bewaffneten Formationen, weswegen das Personal gezwungen war, in den Schutzraum zu gehen.

Mit Unterstützung der Vertretung der DVR im GZKK wurde in diesem Gebiet ein nachhaltiges Regime der Ruhe eingerichtet.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 99.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR

abgefeuerten Geschosse 23.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **Nach Eskalation vor Krim: Schiffsverkehr in Straße von Kertsch wieder aufgenommen**

Der Schiffsverkehr in der Straße von Kertsch, der am Sonntag angesichts der Provokation der ukrainischen Marineboote aus Sicherheitsgründen eingestellt worden war, ist laut dem Geschäftsführer des Unternehmens „Krimmer Meereshäfen“ Alexej Wolkow nun wiederaufgenommen worden.

Am Sonntagmorgen hatten die Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache...

de.sputniknews.com: **US-Militärflugzeug in Luftraum über Schwarzem Meer eingedrungen – Medien**

Ein Aufklärungsflugzeug vom Typ Boeing RC-135V der US-Luftwaffe ist vom Stützpunkt auf der griechischen Insel Kreta Richtung Schwarzes Meer geflogen. Dies meldet am Montag das „Ukrainische Militärportal“.

Demnach soll das Aufklärungsflugzeug RC-135V der US-Luftwaffe mit dem Rufkennzeichen BASTE41 um 6:50 Uhr MEZ vom Stützpunkt Souda Bay auf der Insel Kreta gestartet und Richtung Schwarzes Meer unterwegs gewesen sein.

Gegen 7:30 Uhr soll die Maschine sich im bulgarischen Luftraum befunden haben und Richtung Halbinsel Krim geflogen sein.

Laut der Webseite PlaneRadar soll das Flugzeug gegen 9:55 Uhr MEZ einen Aufklärungsflug entlang der russischen Küste des Schwarzen Meeres eingeleitet haben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31731/98/317319840.jpg>

Dan-news.info: „Bis heute hat der Migrationsdienst des Innenministeriums des DVR 247.000 DVR-Pässe ausgegeben, 1820 davon haben ausländische Bürger erhalten“, teilte der Leiter des Migrationsdienstes Wladimir Krasnoschtscheka mit.

Gemäß den Angaben der Hauptabteilung Statistik der DVR vom November 2018 beträgt die

dauerhafte Bevölkerung der Republik 2.280.992 .

de.sputniknews.com: **Situation in Straße von Kertsch: Kiew verletzt internationales Recht – Lawrow**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat die entstandene Situation in der Straße von Kertsch kommentiert. Der jüngste Vorfall ist ihm zufolge eine eindeutige Provokation. „Was den gestrigen Vorfall angeht, ist es eine eindeutige Provokation“, äußerte Lawrow. „Dabei wurden die Kernaussagen des internationalen Rechts – nicht nur des Seerechtes, sondern auch des allgemeinen internationalen Rechts, darunter auch der UN-Charta, des Seerechtsübereinkommens von 1982 und anderer völkerrechtlicher Instrumente – verletzt, die mehrfach von allen Staaten fordern, die Souveränität eines anderen Staates zu respektieren“, erläuterte Russlands Außenminister.

Ferner sagte Lawrow:

„Zur Verletzung kam es mit ziemlich gefährlichen Methoden – mit dem Manövrieren in einer engen Straße. Natürlich konnte dies Gefahren und Risiken für einen normalen Schiffsverkehr in diesen Gewässern schaffen, was auch der Fall war.“

Am Sonntagmorgen hatten Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache.

Für den zwangsweisen Stopp der ukrainischen Schiffe kam es zu einem Waffeneinsatz. Schließlich wurden die drei Boote 50 Kilometer südwestlich der Krim-Brücke festgesetzt, wo Schiffe die Straße von Kertsch üblicherweise passieren. Laut einer Mitteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurden dabei drei ukrainische Matrosen leicht verletzt. Diese seien jedoch medizinisch behandelt worden und ihr Leben sei außer Gefahr, hieß es. Russland leitete angesichts des Zwischenfalls ein Strafverfahren ein und beantragte eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates in Bezug auf die Situation im Asowschen Meer. Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hatte am Sonntagabend beschlossen, für 60 Tage in der Ukraine den Kriegszustand zu verhängen. Dem Beschluss muss noch das ukrainische Parlament zustimmen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32302/98/323029844.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Kertsch-Eskalation: Protestler verbrennen Reifen vor Russlands**

Botschaft

In der ukrainischen Stadt Lwiw haben Protestler während einer Demonstration vor der russischen Botschaft Reifen in Brand gesetzt. Dies berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur UNN am Montag.

Die Demonstranten protestierten gegen die Aktionen Moskaus während der Eskalation und unterstützten die ukrainischen Matrosen der Schiffe, welche die russische Grenze zuvor verletzt hatten.

„Aktivisten des Nationalen Korps von Lwiw... und leidenschaftliche Bürger sind bereits vor dem russischen Konsulat“, hieß es in einem Facebook-Beitrag der Abteilung der Partei „Nationaler Korps“ in Lwiw.

Eine ähnliche Aktion fand am Sonntag vor der russischen Botschaft in Kiew statt, wo man auch versuchte, Reifen zu verbrennen. Zudem warfen die Demonstranten Nebelpatronen auf das Territorium der Botschaft.

In etwa einen Kilometer von der russischen Botschaft in der ukrainischen Hauptstadt entfernt brannte ein Auto mit russischem Diplomaten-Kennzeichen aus.

Zuvor hatte das Grenzschutzamt des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB berichtet, dass drei Schiffe der ukrainischen Marine die staatliche Grenze Russlands überquert hatten. Die ukrainischen Schiffe würden sich in Richtung der Straße von Kertsch bewegen, gefährlich manövrieren und nicht den legitimen Forderungen der russischen Behörden nachkommen, hieß es.

de.sputniknews.com: Westen soll Kiew zur Vernunft bringen – Lawrow

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat in Bezug auf die Eskalation bei Kertsch an die „westlichen Sponsoren“ der Ukraine appelliert, Kiew bei seinem Konfrontationsverhalten zu beruhigen.

„Die westlichen Unterstützer Kiews sollen dort jene zur Vernunft bringen, die aus Kriegshysterie politischen Profit schlagen wollen“, erklärte der Außenminister.

Zudem empfahl Lawrow den Kiewer Behörden, sich „adäquater“ zu verhalten, da sie den Westen mit ihrem Benehmen in Verlegenheit bringen würden.

Zuvor hatte das Grenzschutzamt des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB berichtet, dass drei Schiffe der ukrainischen Marine die staatliche Grenze Russlands überquert hatten. Die ukrainischen Schiffe würden sich in Richtung der Straße von Kertsch bewegen, gefährlich manövrieren und nicht den legitimen Forderungen der russischen Behörden nachkommen, hieß es.

Am Sonntag beschloss der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine als Reaktion auf die Eskalation in der Straße von Kertsch und im Asowschen Meer die Verhängung des Kriegszustands im Land.

Dnr-online.ru: Die Heizperiode in der DVR verläuft normal. Alle 1.128 Heizwerke funktionieren und versorgen die Verbraucher. 12.330 Wohnhäuser und alle Objekte des sozialen Bereichs erhalten Heizwärme“, berichtete der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew.

de.sputniknews.com: Straße von Kertsch: Russische Grenzschutzbeamte agierten nach Grenzsicherungsplan

Russische Grenzschutzbeamte haben in der Straße von Kertsch gemäß dem Plan agiert, der im Fall einer Notwendigkeit des Schutzes der staatlichen Grenze vorgesehen ist. Dies erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Ihm zufolge darf dies nicht als Attacke bezeichnet werden.

„Ich würde dies nicht als Attacke bezeichnen, ich würde dies als Handlungen bezeichnen“, die bei illegaler Überquerung der Grenze Russlands notwendig seien.

„Dafür haben die Grenzschutzbeamten ein bestimmtes Szenario, dem sie in ähnlichen

Situationen folgen“, erläuterte Peskow.

„Die russische Seite ging unter strikter Befolgung der Gesetzgebung vor. Berücksichtigt wurden sowohl das internationale Recht, als auch die Innengesetzgebung. Es geht um das Eindringen ausländischer Militärschiffe in die territorialen Gewässer Russlands“, betonte der Kreml-Sprecher.

„Diese ausländischen Militärschiffe passierten die territorialen Gewässer Russlands, ohne Anfragen der russischen Grenzschutzbeamten beantwortet und auf den verlauteten Vorschlag zur Nutzung der Lotsendienste reagiert zu haben“, so Peskow. „Alle Handlungen wurden strikt entsprechend der Gesetzgebung unternommen.“

Zuvor war berichtet worden, dass die Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ am 25. November Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen hatten. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache...

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.11.2018

In den letzten 24 Stunden wurden **20 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **sechs Ortschaften der Republik** beschoss.

In Richtung Gorlowka haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Gebiete von **Dolomitnoje, Sajzewo und der Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 92. und der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Kokorjew und Martschenko aus **Krutaja Balka, Wasiljewka, Jasinowataja, Jakowlewka, die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk sowie das Gebiet des Volvo-Zentrums und des Flughafens von Donezk** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Strafruppen der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje und Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Die militärisch-politische Führung der Ukraine hat trotz allem ihre Pläne zur Einführung des Kriegszustands im Land durchgeführt, um die Wahlen 2019 abzusagen. Alle Fakten zeugen davon, dass die Provokation, die von der Ukraine in der Meerenge von Kertsch durchgeführt wurde, im voraus geplant war. Im Rahmen der Vorbereitung hat schon am 22. Oktober der Leiter des Stabs der Besatzungskräfte eine Rekognoszierung der Küstenzone in Richtung Mariupol durchgeführt.

Außerdem wurde am 23. Oktober den Kommandeuren der operativ-taktischen Gruppierungen „Ost“ und „Nord“ die Anweisung gegeben, den vorderen Verteidigungsbereich durch Heranziehen von Kämpfern, die die Material- und Munitionslager bewachen, zu verstärken. Statt der an die Front verlegten Personen werden zur Bewachung der Lager in der „OOS“-Zone etwa 500 „Wehrpflichtige“, die im Herbst 2018 in die bewaffneten Formierungen der Ukraine einberufen wurden, herangezogen werden.

Wir stellen eine Verstärkung der Gruppierung der ukrainischen Besatzer an der gesamten Kontaktlinie fest. Außerdem wurden nach Angaben unserer Aufklärung heute Nacht alle Verbände und Truppenteile der bewaffneten Formationen der Ukraine in höchste Gefechtsbereitschaft versetzt.

Außerdem sind nach vorläufigen Informationen die Erklärungen der ukrainischen Politiker und von Poroschenko darüber, dass die Einführung des Kriegszustands im Land nur das

Datum der Wahlen ändert und weiter nichts, eine Lüge. Der heute in der Obersten Rada behandelte Entwurf sieht die **Durchführung einer militärischen Mobilisierung im Land und eine Vergrößerung der Zahl der bewaffneten Formationen bis zu einer Millionen Menschen** vor. Unter die Mobilisierung wird die Kategorie von Männern zwischen 21 und 50 Jahren fallen, die bereits Militärdienst geleistet haben.

Außerdem wird es die Einführung des Kriegszustands gemäß dem Gesetz der Ukraine vom 12.05.2015 Nr. 389-VIII der ukrainischen Regierung erlauben, Eigentum von Bürgern der Ukraine zu konfiszieren, in ihren Häusern Kämpfer einzuquartieren, es wird die Durchführung von Kundgebung verbieten die Tätigkeit von oppositionellen politischen Parteien stoppen, eine harte Zensur in den Medien einführen und das Internet abschalten. Bürger der Ukraine, braucht ihr das? Genau dies will der Oligarch Poroschenko erreichen. Die gestrige Provokation und ihre Folgen haben die hinterhältigen Ziele der ukrainischen Oberschicht, die ihnen von den westlichen Kuratoren nahegelegt werden. Die Ukraine ist jetzt unter Besatzung! Und nur Du, Bürger der Ukraine, kannst jetzt die Willkür der Oligarchen und ihrer Herren aus dem Westen stoppen.

de.sputniknews.com: **Poroschenko unterzeichnet Erlass über Einführung von Kriegsrecht**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat einen Erlass über die Einführung des Kriegsrechts im Land unterzeichnet. Das geht aus einer Mitteilung auf der Internetseite des ukrainischen Präsidenten hervor.

Laut der Mitteilung hat Poroschenko den entsprechenden Beschluss des Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine (SNBO) per Erlass bestätigt. Die Entscheidung kann offiziell allerdings erst nach der Annahme durch das ukrainische Parlament in Kraft treten.

Die Abstimmung wird um 16:00 Uhr Ortszeit (15:00 Uhr MEZ) erwartet.

Das Kriegsrecht soll vom 26. November 2018 bis zum 25. Januar 2019 gelten – also zwei Monate.

Der ukrainische Geheimdienst SBU hat bereits die Anordnung bekommen, umgehende Maßnahmen zu treffen, um die „Aufklärungs- und Antiterrorarbeit“ zu verstärken. Auch „Sabotageabwehr und Informationssicherheit“ sollen verstärkt werden...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32309/32/323093203.jpg>

de.sputniknews.com: **Kiews Botschafter in Berlin übt Kriegsrhetorik: Bundeswehr soll Schiffe entsenden**

In einem Interview für „Bild“ hat der Botschafter der Ukraine in Deutschland eine Reaktion seitens der EU, der Nato und auch Deutschlands im Zusammenhang mit dem jüngsten Vorfall mit ukrainischen Kriegsschiffen in der Straße von Kertsch gefordert.

„Wir erwarten von unseren deutschen Partnern, dass Marineschiffe der EU und der Nato in

das Schwarze und ins Asow'sche Meer schnellstens auf verstärkte Patrouillen entsandt werden, um solchen Kriegshandlungen Moskaus vorzubeugen“, sagte Andrij Melnyk in einem Interview für die Bild-Zeitung.

Russland habe einen „unverhüllten militärischen Angriff auf die Ukraine verübt“, sagte er. Was er dabei verschwiegen ist, dass die ukrainischen Marineschiffe selbst ohne Absprache in das besagte Gewässer eingelaufen waren, was gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern verstößt. Zuvor hatte Kiew sich an diese Regeln gehalten und sich über das Einlaufen ukrainischer Schiffe ins Asowsche Meer mit den russischen Seebehörden verständigt.

Melnyk rief Deutschland auch zu neuen Sanktionen gegen Russland auf. Um den Kreml von dem „brandgefährlichen provokativen Kurs abzubringen“ und einen „viel größeren Krieg noch rechtzeitig zu verhindern“, solle Deutschland unverzüglich handeln. „Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ohne Verzögerung neue viel schärfere Sanktionen gegen die russische Staatsführung und vor allem gegen das Militär einzuführen“, betonte er.

Zuvor hatte Russlands Außenminister Sergej Lawrow die entstandene Situation in der Straße von Kertsch als eine eindeutige Provokation seitens Kiews eingestuft.

„Es sind Kernaussagen des internationalen Rechts – nicht nur des Seerechts, sondern auch des allgemeinen internationalen Rechts, darunter auch der UN-Charta, des Seerechtsübereinkommens von 1982 und anderer völkerrechtlicher Instrumente – verletzt worden, die mehrfach von allen Staaten fordern, die Souveränität eines anderen Staates zu respektieren“, erläuterte Russlands Außenminister.

Zur Verletzung kam es demnach mit ziemlich gefährlichen Methoden: mit dem Manövrieren in der engen Straße von Kertsch, was Gefahren und Risiken für einen normalen Schiffsverkehr in diesen Gewässern geschaffen habe.

Am Sonntagmorgen hatten Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen. Die ukrainischen Schiffe fuhrten in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache...

Mil-Inr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Auf Befehl der Kriegsverbrecher des Kommandeurs der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Wojschenko, der 72. Brigade Tatus, der 10. Brigade Subanitsch und der 59. Brigade Schwedjuk wurden unsere Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Krasnyj Jar, Sokolniki und Marjewka** beschossen.

Während der Beschüsse wurden 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 80 Geschosse abgeschossen. Heute hat die verbrecherische Kiewer Führung ein weiteres Mal der Weltgemeinschaft gezeigt, dass sie nicht die Absicht hat, die Vereinbarungen und ihre Verpflichtungen aus Minsk zu erfüllen. Durch die Schuld der Ukraine wurde die **Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt Nr. 1 Staniza Luganskaja zum Scheitern gebracht**. Die ukrainischen Truppen haben deutlich demonstriert, dass sie nicht bereit sind Waffen und Personal von den Positionen im Gebiet von Staniza Luganskaja sowie von Objekten der zivilen Infrastruktur abzuziehen.

Es muss angemerkt werden, dass wegen solcher Handlungen der ukrainischen Truppen

friedliche Bürger leiden, die gezwungen sind den KPP „Staniza Luganskaja“ auf der Holzbrücke zu passieren. Und die von „ukrainischen Patrioten“ gesprengte Brücke zu beginnen wiederaufzubauen wird nur möglich, wenn die ukrainische Seite ihre Verpflichtungen zur Abzug von Personal und Waffen erfüllt. ...

de.sputniknews.com: **Dringlichkeitssitzung der Ukraine-Nato-Kommission vereinbart**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg haben im Laufe eines Telefonats eine Dringlichkeitssitzung der Ukraine-Nato-Kommission vereinbart.

Diese Information gab der Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten, Swjatoslaw Zegolko, auf seiner Facebook-Seite bekannt.

Bei dem Sondertreffen sollen laut dem Außenminister des Landes Pawel Klimkin neue Lösungen im Rahmen der Zusammenarbeit zur Gewährleistung der Sicherheit im Schwarzen Meer, einschließlich der Frage einer möglichen gemeinsamen Präsenz der Ukraine und der Nato im Konfliktgebiet, besprochen werden.

„Wir müssen nach neuen Lösungen im Kontext der Kooperation bezüglich der Sicherheit im Schwarzen Meer suchen, es könnte eine gemeinsame Präsenz sein, wir reden jetzt über eine solche Präsenz, es könnten auch andere Maßnahmen sein. Heute findet ein Treffen der Ukraine-Nato-Kommission statt und wir werden darüber sprechen, welche Maßnahmen wir ergreifen müssen“, sagte er am Montag vor der Presse.

Zuvor war berichtet worden, dass die Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ am 25. November Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen hatten. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache.

Für den zwangsweisen Stopp der ukrainischen Schiffe kam es zu einem Waffeneinsatz.

Schließlich wurden die drei Boote 50 Kilometer südwestlich der Krim-Brücke festgesetzt, wo Schiffe die Straße von Kertsch üblicherweise passieren. Laut einer Mitteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurden dabei drei ukrainische Matrosen leicht verletzt. Diese seien jedoch medizinisch behandelt worden und ihr Leben sei außer Gefahr, hieß es.

Russland leitete angesichts des Zwischenfalls ein Strafverfahren ein und beantragte eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates in Bezug auf die Situation im Asowschen Meer.

Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hatte am Sonntagabend beschlossen, für 60 Tage in der Ukraine den Kriegszustand zu verhängen. Dem Beschluss muss noch das ukrainische Parlament zustimmen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31658/22/316582284.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Koalition fliegt Luftangriffe in Deir ez-Zor – Frauen und Kinder unter Todesopfern**

Die von den USA geführte Koalition hat am Montag Luftangriffe auf das syrische Dorf Abu-Hassan verübt. Dabei haben mehrere Zivilisten – darunter Frauen und Kinder – ihr Leben verloren. Dies meldet der staatliche TV-Sender Syriens Ikhbariya.

„Die Luftwaffe der internationalen Koalition hat ein neues Verbrechen verübt. Infolge der Luftangriffe gibt es Tote und Verletzte, hauptsächlich Frauen und Kinder, unter den Bewohnern des Dorfes Abu-Hassan in der Nähe der Stadt Hadschin in der Provinz Deir-ez-Zor“, berichtet der Fernsehsender unter Berufung auf lokale Quellen.

„Die Leichen sind immer noch unter den Trümmern der Häuser“, hieß es.

Seit 2014 führen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eine Operation gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien und im Irak durch, darunter fliegen sie regelmäßig Luftangriffe gegen die Stadt Hadschin. In Syrien operieren sie ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus.

Die syrischen Behörden haben die Vereinten Nationen aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen und den illegalen Aufenthalt der Koalition im Land zu stoppen. Ein Pentagon-Sprecher erklärte daraufhin, die von der Koalition verwendete Munition entspreche den internationalen Standards. Allerdings würden die USA nicht offenlegen, welche Waffen eingesetzt würden.

de.sputniknews.com: **Eskalation von Kertsch mit den Augen eines BILD-Redakteurs**

Die Meldungen zur Situation in der Straße von Kertsch haben nicht nur in Russland und der Ukraine am Sonntagabend für Aufregung gesorgt. Noch ist unklar, welche Folgen das Eindringen der ukrainischen Schiffe in russisches Gebiet haben wird, doch BILD-Redakteur Julian Röpcke hat den Schuldigen bereits ausgemacht und fordert Sanktionen.

Während andere zwar Aufklärung fordern, aber mit Schuldzuweisungen im Allgemeinen vorsichtig agieren, steht für BILD-Redakteur Julian Röpcke der Bösewicht schnell fest. Schon dem Retweet der Sputnik-Eilmeldung hängt er den Hashtag #PutinAtWar, also “Putin im Krieg” an.

Wenig später fragt sich Röpcke, wie lange die Welt sich noch die “illegale Blockade des Asowschen Meeres“ von Russland gefallen lassen wolle. Dass es ukrainische Schiffe waren, die gegen das Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen verstoßen haben, interessiert den engagierten BILD-Redakteur offenbar wenig.

Zitiert wird, wessen Meinung in die Linie passt. In diesem Fall der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen (CDU), der schreibt: „Diese Eskalation ist Beweis dafür, dass Russland kein Interesse an einem Ergebnis der Verhandlungen mit der Ukraine zu haben scheint.“

Genauso wenig scheint Röpcke sich daran zu stören, dass es der ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat war, der beschlossen hat, für 60 Tage den Kriegszustand zu verhängen. Nein, in der schwarz-weißen Welt eines BILD-Redakteurs kann es nur Russland sein, das den Krieg lostritt.

Als Beweis für die russische Aggression zieht er das Video heran, das ein russisches Schiff zeigt, wie es eines der drei widerrechtlich in russisches Gebiet eingedrungenen ukrainischen Schiffe zu stoppen versucht.

Die “Freie Welt” werde sich in den nächsten Tagen und Wochen an ihren Handlungen messen lassen müssen, verkündet Röpcke bedeutungsschwanger, und fordert – Überraschung – Sanktionen gegen Russland. Dazu retweetet er den ukrainischen Außenminister und übernimmt gleich mal seinen Hashtag. In Klimkins Tweet heißt es:

„Neuer Akt der russischen Aggression auf die Ukraine nach einer Reihe von beispiellosen Provokationen. Dieses Mal in internationalen Gewässern des Schwarzen Meeres. Russland greift nicht nur uns an, es fordert die ganze Welt heraus. Jetzt ist der Krieg mit Russland auf

unserem Territorium und darüber hinaus. Zusammenarbeiten, um die russische Aggression abzuwehren!“

Wie der BILD-Redakteur mit Einschätzungen umgeht, die von seiner eigenen Haltung abweichen, zeigt er am Montagmorgen mit diesem Tweet.

So. Nach dem freien Sonntag ist nun auch den deutschsprachigen „russische Welt“ aufgewacht und bläst zur propagandistischen Unterstützung der Aktionen ihrer favorisierten Regierung. pic.twitter.com/2dsJB004nT

— Julian Röpcke (@JulianRoepcke) 26. November 2018

Bravo, Herr Röpcke, so geht Journalismus!



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32309/43/323094324.jpg>

Dnr-online.ru: Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zur Festnahme einer Einwohnerin der DVR durch ukrainische Spezialdienste

Am 21. Oktober 2018 wurde eine Einwohnerin des Nowoasowskij-Bezirk, geb. 1966, beim Passieren des Kontroll- und Passierpunkts in Kurachowo durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine festgenommen, sie wurde der Schaffung einer terroristischen Organisation beschuldigt. Die rechtswidrigen Handlungen der ukrainischen Seite kommentierte Darja Morosowa.

„Wir äußern äußerste Beunruhigung über die genannten Handlungen der militärischen Strukturen, die von Kiew kontrolliert werden, und betrachten sie als auf die Bildung einer sogenannten Austauschbank und die Sabotage des friedlichen Dialogs im Format der Minsker Verhandlungsprozesses gerichtet. Erpressung und Manipulationen, zu denen die ukrainische Seite in letzter Zeit immer häufiger greift, halten wir für unzulässig und zu einer Eskalation des Konflikts, einer Verschlechterung der Situation im Bereich der Rechte und Freiheiten des Menschen auf dem Territorium des Donbass führend gerichtet. Es muss angemerkt werden, dass die Personaldaten der Bürgerin in Verletzung der geltenden Gesetzgebung der Ukraine ohne ihre Zustimmung offen auf der Seite „Mirotworez“ zugänglich sind. Auf die Unzulässigkeit der Existenz dieser Ressource wurde mehrfach durch die internationale Öffentlichkeit hingewiesen, aber alle Aufrufe an die ukrainische Seite wurden ignoriert. Da wir die Methoden, die der Sicherheitsdienst der Ukraine bei seiner Tätigkeit praktiziert, kennen, wenden wir uns im Fall der Festnahme der Frau an die internationalen Organisationen mit der Bitte, die Festgenommene zu besuchen und ihren Gesundheitszustand zu überprüfen und eine objektive Bewertung der Situation abzugeben“, erklärte Morosowa.

de.sputniknews.com: **Maas: Berlin und Paris können Vermittler-Rolle im Kertsch-Konflikt übernehmen**

Die Entwicklung um das Asowsche Meer sei außerordentlich besorgniserregend. „Deshalb rufen wir erst einmal alle Beteiligten zur größtmöglichen Zurückhaltung auf. Das Recht auf freie Durchfahrt muss dort gewährleistet bleiben“, erklärte Bundesaußenminister Heiko Maas am Montag bei einer Pressekonferenz in Madrid.

Es sei unakzeptabel, dass Russland die Durchfahrt (durch die Meerenge von Kertsch) zeitweise blockiert habe. „Heute treffen sich im Auswärtigen Amt in Berlin die politischen Direktoren im Normandie-Format. Das heißt, wir und unsere französischen Kollegen werden die Russen und die Ukrainer am heutigen Tag an einem Tisch haben.“

Bei diesem Treffen werde unter anderem die Krise am Asowschen Meer besprochen. „Wir werden dort auch beiden Seiten deutlich machen, dass wir sie zur größtmöglicher Zurückhaltung auffordern, aber auch gemeinsam versuchen, wenn notwendig auch als Vermittler darauf hinzuwirken, dass aus diesem Konflikt eben keine schwere Krise wird“, betonte Maas.

Drei ukrainische Marineschiffe wollten am frühen Sonntagmorgen ins Asowsche Meer fahren, ohne dass die Durchfahrt über die Meerenge von Kertsch zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet wurde. Die Schiffe mit abgeschalteten Transpondern drangen unerlaubt in das russische Territorialgebiet und reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite, dass sie die Staatsgrenze verletzt hatten.

Moskau bezeichnete dies als einen Verstoß gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern. Zuvor hatte Kiew sich an diese Regeln gehalten und sich über das Einlaufen ukrainischer Schiffe ins Asowsche Meer mit den russischen Seebehörden verständigt.

Am Montagnachmittag informierte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Telefongespräch über die „grobe Aggression Russlands gegen die Ukraine im Raum der Meerenge von Kertsch“ und über die Verhängung des Kriegsrechts in der Ukraine.

Merkel äußerte Besorgnis über die Eskalation der russischen Aggression unter Einsatz von Waffen und sagte, sie werde alles im Interesse einer Deeskalation tun.

Poroschenko wies darauf hin, dass die aggressiven Handlungen Russlands unannehmbar sind. Er rief ferner die internationale Öffentlichkeit auf, den Druck auf Moskau zu verstärken, damit die festgehaltenen Matrosen freigelassen und die gekaperten Schiffe der Ukraine zurückgegeben werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32245/65/322456532.jpg>

de.sputniknews.com: **Warum die Mehrheit der Syrer hinter Assad steht und den Westen**

das nicht interessiert

Tilo Gräser

Syriens Präsident Bashar al-Assad ist ein Diktator, der Krieg gegen sein eigenes Volk führt. So geht die realitätsfremde Legende, die Politik und Medien im Westen pflegen. Vereinzelt gibt es Stimmen, die dieser fortgesetzten Erzählung widersprechen. Eine davon hat die Schweizer Zeitschrift „Die Weltwoche“ veröffentlicht.

„Was haben wir den Europäern getan, dass ihr unseren Präsidenten stürzen wollt? Was haben wir den Amerikanern getan? Warum haben sie Truppen bewaffnet, die unser Land angreifen?“ Das fragte den Schweizer Journalisten Helmut Scheben ein älterer Syrer in Damaskus. Scheben berichtet davon in seiner Reportage in der aktuellen Ausgabe der Schweizer Wochenzeitschrift „Die Weltwoche“ vom 22. November. Das Blatt hat eine eindeutige rechtskonservative Orientierung. Es bringt aber oft zu internationalen Konflikten Fakten, die von anderen westlichen Medien verschwiegen werden.

So auch im Fall Syrien: Der Autor Scheben war mit anderen Schweizern im kriegsleidenden Land unterwegs und beschreibt seine Eindrücke. Dazu gehört, dass die Syrer mehrheitlich hinter Präsident Bashar al-Assad stehen und deutlich die westliche Einmischung kritisieren. Scheben schildert ein Land zwischen Krieg und Frieden, zwischen Ruinen und pulsierendem Leben.

Das prägt seinem Bericht nach zum Beispiel den Suk al-Hamidiya, den Basar von Damaskus: „Gedränge und Menschengewühl, ein Durcheinander von Gerüchen und Farben, das einen schier erdrückt. Viele junge Mädchen kommen nicht anders daher als in Hamburg, Zürich oder Mailand: Jeans, High Heels, sie chatten, posten, taggen.“ Scheben beschreibt die Vielfalt der Angebote in den Läden ebenso wie, dass in der syrischen Hauptstadt weniger Frauen mit Nikab, also mit Gesichtverschleierung, zu sehen seien als in Hama. Dort sei der fundamentalistische religiöse Einfluss schon immer stärker gewesen.

Der Fehler Assads

Der alte Syrer habe ihn auf dem Basar gefragt, warum der Westen sich in sein Land einmische. Andere hätten sich ebenso geäußert und Assad als „guten Präsident“ gelobt. Er habe Syrien geöffnet und modernisiert, aber auch Fehler gemacht. Zu denen zähle: „Er hätte wissen müssen, dass niemand im Westen ihm helfen wird gegen die USA und Katar und die Saudis. Er hätte die Russen früher zu Hilfe rufen sollen.“

Scheben hat nach seinen Worten in den zwei Wochen in Syrien immer wieder solche Einschätzungen gehört. Diese seien an verschiedenen Orten von den verschiedensten Menschen gekommen – „von Lehrerinnen in schiitischen Schulen, von katholischen Ordensschwwestern, von syrischen Parlamentariern, Politikern, Geschäftsleuten und Soldaten, aber auch von Leuten, denen wir auf der Straße und in den Restaurants begegnen.“

Ebenso gibt der Autor die Kriegsspuren wieder, so die zerstörten Viertel von Homs, Aleppo oder Damaskus. Doch nebenan, so in der unzerstörten Innenstadt von Homs, gehe das Leben weiter, als gebe es den Krieg und die Trümmer nicht. Scheben berichtet ebenso aus Kfarbou, südwestlich von Hama. Er habe dort mit dem Pfarrer der christlichen Gemeinde gesprochen. Der Ort sei von bewaffneten „Rebellen“ verschont geblieben, weil die syrische Armee den nahegelegenen Militärflugplatz verteidigt habe. Doch der Krieg wirke auch hier nach, so durch verfünffachte Wasserpreise. Das Leben sei „ruinös teuer geworden durch den Krieg und die Sanktionen“.

Ein sozialer Tumor

Der Pfarrer habe erzählt, früher sei in Syrien egal gewesen, welcher Religion die Menschen angehangen hätten: „Man war einfach Syrer. Es war egal, was einer glaubte, bei dem man seine Tomaten oder sein Benzin kauft.“ Scheben erinnert daran, dass die Religion nach der syrischen Verfassung Privatsache ist, und ergänzt: „Syrien war eine einigermaßen funktionierende multireligiöse Gesellschaft, und Baschar al-Assad war der beliebteste Staatschef in der arabischen Welt, von westlichen Medien als Reformier hofiert.“

Er habe oft den Satz gehört: „Syrien ist die Wiege des Christentums.“ Der Krieg habe das jahrtausendealte Mit- und Nebeneinander von Christen, Muslimen und Juden zerstört, schreibt der Autor. „Er hat Misstrauen zwischen Leuten gesät, die früher im Alltag miteinander auskamen.“ Scheben nennt das Verlangen nach Rache für die Toten und den entstandenen Hass einen „sozialen Tumor“. Es werde offiziell zwar viel von Versöhnung gesprochen. „Doch das gegenseitige Vertrauen und der soziale Zusammenhalt sind in manchen Regionen so stark beschädigt wie die Häuser, die unter den Granaten einstürzten.“

Scheben verweist auch auf alte Konflikte und die Rolle der Muslimbrüder. Deren Aufstand in Hama 1982 wurde unter Assads Vater niedergeschlagen. Viele von ihnen seien ins Exil gegangen und hätten seit 2011 den bewaffneten Aufstand unterstützt. Das haben auch westliche Geheimdienste getan, wie er schreibt. So hätten westliche Geheimdienste wie die CIA in Camps in Jordanien „Rebellen“ ausgebildet, bewaffnet und über die Grenze geschickt. Das Gleiche sei über die Türkei erfolgt.

Die westliche Ignoranz

Wie die westliche Politik Stimmen aus Syrien ignorierte, berichtet die Architektin Maria Saadeh dem Autor. Sie saß als Unabhängige und jüngste Frau im syrischen Parlament. Mit einer Gruppe anderer Parlamentarier habe sie 2012 und 2013 durch Europa und Kanada reisen wollen, um über die Lage im Land aufzuklären. Doch ihnen sei oft die Einreise verweigert worden: „Man hörte offenbar nur auf eine sogenannte syrische Opposition, die eine vom Ausland diktierte Agenda verfolgte.“

Auf Parlamentarier aus Syrien habe anscheinend niemand hören wollen, wird Saadeh zitiert. Das offizielle Syrien totzuschweigen sei im Westen die Regel gewesen. Sie habe festgestellt, Propaganda und groteske Falschinformationen über Syrien seien in westlichen Medien „der Brennstoff gewesen, mit dem dieser Krieg geführt worden sei“. Das gelte auch für die Anschläge mit Chemiewaffen, die „Rebellen“ inszeniert hätten, um eine westliche Intervention zu erreichen. „Wir haben kein Giftgas eingesetzt“, so Saadeh. „Präsident Assad hat nie den Befehl dazu gegeben, und er würde es nie tun.“

Scheben sprach ebenso mit Elia Samman, Berater von Ali Haidar von der Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei. Die gehört zu einer Regierungskoalition mit der führenden Baath-Partei. Haidar ist Minister für nationale Versöhnung. Für Samman handelt es sich nicht um einen Bürgerkrieg, von dem immer wieder im Westen erzählt wird. „Es war von Anfang an ein Stellvertreterkrieg“, wird er von Scheben zitiert. „Syrier wurden dafür bezahlt, gegen andere Syrier zu kämpfen.“

Der Wunsch der Syrer

Geld habe „eine unglaubliche Rolle“ gespielt, so der Politiker. Das Emirat Katar habe Haidar und seiner Partei „eine hohe monatliche Geldsumme“ angeboten, wenn sie die Seiten wechseln würden – erfolglos. Für Samman wollen die USA und ihre Verbündeten Assad aus einem Grund stürzen: „Er war nicht gehorsam gegenüber den USA.“ Er habe keinen Friedensvertrag mit Israel unterschrieben und sich nicht von Iran und Russland abgewandt. Scheben hat auch mit Marie-Louise Haddad Hofer gesprochen, die aus der Schweiz stammt und seit über 50 Jahren in Damaskus lebt. Sie sagte ihm, dass die große Mehrheit der Menschen in Syrien keine islamische Republik und die Muslimbrüder nicht an der Macht sehen wollten. „Wir haben die Europäer und Amerikaner gewarnt. Sie wussten genau, was passieren würde, wenn sie Assad wegkatapultieren würden.“ Die Frau erinnerte laut dem Autor an das Schicksal Libyens und des Iraks.

Der Westen habe einen Aufstand gegen Assad unterstützt. „Aber die syrische Bevölkerung macht da nicht mit. Einen Machtwechsel durch Krieg erzwingen zu wollen, war Wahnsinn.“ Scheben zitiert die 91-Jährige weiter: „Was kann schon das kleine Syrien gegen das große Amerika? Aber man hätte wenigstens mit uns reden können, statt einen Krieg zu beginnen und unser Land kaputtzumachen.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32309/44/323094498.jpg>

abends:

Dnr-online.ru: Der Zustand des Einwohners von Pantelejmonowksa, der im Jasinowatajer Zentralkrankenhaus ist, ist stabil, dies teilt der Pressedienst der Verwaltung von Jasinowataja mit.

Am 25. November um 18:05 Uhr wurde Witalij Wladimirowitsch Mikitenko, geb. 1973, mit Schusswunden am linken Oberschenkel in das Zentralkrankenhaus von Jasinowataja eingeliefert. Er während eines Beschusses von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen verletzt worden.

de.sputniknews.com: **Zwei SBU-Agenten auf aufgebrachten ukrainischen Booten festgenommen**

Russische Einsatzkräfte haben am Sonntag mehrere ukrainische Marineboote festgesetzt, die zuvor russische Seegrenzen verletzt hatten. Laut dem stellvertretenden Ständigen Vertreter Russlands bei der Uno, Dmitri Poljanski, sind auf den Schiffen zwei Agenten des ukrainischen Geheimdienstes SBU festgenommen worden.

Demnach haben russische Einsatzkräfte nach der Festsetzung der ukrainischen Marineschiffe zwei SBU-Agenten auf den Booten vorgefunden.

Diese hätten anschließend gesagt, einen „Auftrag“ für die Gewässer in der Straße von Kertsch gehabt zu haben, erklärte Poljanski während einer Sitzung des Uno-Sicherheitsrates.

„Auf einem der Schiffe befanden sich zwei Beamte des SBU, die zugegeben haben, dass sie den Spezialauftrag gehabt haben, genau auf diese Weise zu agieren“, so der russische Vertreter bei der UN.

Bereits zuvor war bekannt geworden, dass die Gesamtbesatzung der drei Schiffe der ukrainischen Marine, die im Schwarzen Meer wegen illegaler Überquerung der russischen Grenze inhaftiert worden ist, 24 Personen betragen hatte...

de.sputniknews.com: **Poroschenko verkürzt Kriegszustand auf 30 Tage**

Das Kriegsrecht in der Ukraine soll laut Präsident Petro Poroschenko erst vom Mittwochmorgen an in Kraft treten und 30 Tage statt bislang geplanter 60 Tage dauern. Es sei wichtig, dass sich der Ausnahmezustand nicht mit dem Beginn der Wahlkampagne überschneidet, sagte Poroschenko am Montag in einer TV-Ansprache.

„Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung hat mir heute empfohlen, das Kriegsrecht für 60 Tage in Kraft zu setzen. Ich würde dem Parlament 30 Tage vorschlagen“, sagte der

Staatschef. Die Präsidentenwahlen in der Ukraine sind zum 31. März 2019 angesetzt. Die Werchowna Rada war am Montag zu einer Sondersitzung zusammengetreten, um über das Kriegsrecht zu entscheiden. Poroschenkos Beschluss resultiert aus dem jüngsten Konflikt vor der Meerenge von Kertsch, als der russische Grenzschutz drei ukrainischen Marineschiffen die Durchfahrt verweigerte, weil sie zuvor nicht bei den Krim-Behörden angemeldet worden war.

Russland warf der Ukraine vor, die Grenze Russlands verletzt zu haben. Die ukrainischen Schiffe reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite. Um die Grenzverletzung zu beenden, wurde ein ukrainisches Schiff gerammt. Es gab einige Verletzte. Derzeit befinden sich die Schiffe und ihre Besatzungen im Hafen von Kertsch. Die russische Justiz will die Grenzverletzter zur Verantwortung ziehen.

de.sputniknews.com: **Ukrainisches Parlament stimmt Einführung von Kriegsrecht zu**

Das ukrainische Parlament hat der Einführung des Kriegsrechts im Land zugestimmt. Es soll allerdings auf 30 Tage und zunächst nur auf bestimmte Regionen des Landes beschränkt sein. Der Erlass, das Kriegsrecht nur für bestimmte Regionen zu verhängen, war zuvor vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eingebracht worden.

Das Parlament der Ukraine hat dann in einer Abstimmung mit einer Mehrheit für die Annahme des Erlasses gestimmt. 276 Abgeordnete gaben bei mindestens 226 erforderlichen ihre Zustimmung.

Demnach soll das Kriegsrecht in den ukrainischen Regionen gelten, die an die Russische Föderation oder an da

Poroschenko argumentierte die Verhängung des Kriegsrechtes in einer Fernsehansprache mit der Notwendigkeit, „im Falle einer Invasion schnell reagieren zu können“...